

## AfD-Verbot auf der Kippe: CDU-Politiker Wanderwitz legt Antrag vor!

Marco Wanderwitz fordert AfD-Verbot im Bundestag; Antrag von 113 Abgeordneten für Verfassungswidrigkeit gestartet.

**Berlin, Deutschland** - Der politische Knall des Jahres! Marco Wanderwitz (CDU) setzt zum Großangriff an: Ein Antrag auf ein AfD-Verbot wurde mit Glanz und Gloria im Bundestag eingebracht. Unterstützt von einer breiten Front aus über 100 Parlamentariern verschiedener Fraktionen, darunter prominente Persönlichkeiten wie Katrin Göring-Eckardt und Claudia Roth, soll der Antrag die AfD aus der politischen Landschaft Deutschlands verbannen. Der Wortlaut ist klar: Die AfD soll verfassungswidrig erklärt und ihr Vermögen eingezogen werden! Bei einem Scheitern droht der Partei der finanzielle Entzug, was einem politischen Todesurteil gleichkäme. **Tichys Einblick** berichtet, dass vor allem die Grünen mit einer starken Präsenz von 50 Abgeordneten in der Unterstützerliste glänzen.

Aber warum jetzt dieser Vorstoß? Wanderwitz unterstreicht die Dringlichkeit mit den bevorstehenden Neuwahlen, die knisternde Spannung des politischen Parketts ist förmlich zu spüren. Eine schnelle Entscheidung ist gefragt, um das Bundesverfassungsgericht ins Spiel zu bringen und eine klare Ansage zur Verfassungstreue der AfD zu machen. Ein Wettlauf gegen die Zeit also, der mit jedem Tag mehr an Fahrt aufnimmt.

### Politische Brisanz und Kontroversen

Die Idee, die AfD zu verbieten, ist jedoch alles andere als

unumstritten. Kritische Stimmen innerhalb der Grünen, angeführt von Renate Künast, wünschen sich eine sorgfältige Abwägung der Erfolgsaussichten eines solchen Verfahrens. Hierbei geht es nicht nur um politische Opportunität, sondern um die grundsätzliche Frage der Verfassungsmäßigkeit und der fairen Chancen, die allen Parteien zustehen sollten.

Parallel dazu steht die Neubewertung der AfD durch den Verfassungsschutz auf der Kippe. Ursprünglich für dieses Jahr vorgesehen, könnte diese Entscheidung aufgrund der vorgezogenen Wahl verzögert werden. Thomas Haldenwang, Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, warnte bereits hochalpin, dass die Chancengleichheit der Parteien Gefahr läuft, verletzt zu werden, je näher eine parteifeindliche Entscheidung an den Wahltermin rückt.

## **AfD im Fokus der Verfassungsschützer**

Doch der Blick des Verfassungsschutzes bleibt scharf: Auslöser für eine mögliche Hochstufung der AfD als „gesichert extremistisch“ sind Chaos und Unruhe, die die Partei im Thüringer Landtag mit einer verzögerten Präsidentenwahl verursacht hat. Solche Entwicklungen könnten das Ansehen der Partei in der öffentlichen Wahrnehmung nachhaltig erschüttern.

Die Frage bleibt bestehen: Wird die AfD tatsächlich den Weg in die Geschichtsbücher als verbotene Partei antreten, oder wird dieser Antrag lediglich in den Akten des Bundestages verstauben? Es steht viel auf dem Spiel und die politische Bühne ist bereit für ein Finale, von dem **Tagesschau** berichtet, dass es die Chancengleichheit der Parteien nachhaltig beeinflussen könnte.

Details

**Ort**

Berlin, Deutschland

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](http://n-ag.de)**